

## Einladung

Mitglieder des Ausschusses für Recht und Digitalisierung

Minister der Justiz und für Digitalisierung

nachrichtlich:      Präsidentin des Landtages  
Geschäftsstellen der Fraktionen  
Ministerin und Chefin der Staatskanzlei  
Präsident des Landesrechnungshofes  
Landesbeauftragte für den Datenschutz und  
für das Recht auf Akteneinsicht  
Beauftragte des Landes Brandenburg zur  
Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur  
Beauftragte für Polizeiangelegenheiten des Landes Brandenburg  
Beauftragter zur Bekämpfung des Antisemitismus im Land Brandenburg  
Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden  
Kabinettreferate aller Ministerien

**15. (öffentliche) Sitzung  
des Ausschusses für Recht und Digitalisierung  
Donnerstag, den 4. Juni 2026  
10.00 Uhr  
1.070 a/b (Livestream/Aufzeichnung)**

Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1  
14467 Potsdam

## **Tagesordnung (Entwurf):**

- 1. Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden (Wahlvorschlag BSW)**
- 2. Wahl der Vertrauensleute sowie ihrer Vertreter für den beim Finanzgericht Berlin-Brandenburg eingerichteten Ausschuss für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter (Drs. 8/2602-B)**

*Verständigung zum Verfahren*

- 3. Drittes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Richtergesetzes**  
Gesetzentwurf (Landesregierung) Drucksache 8/2702 16.04.2026

*Verständigung zum Verfahren (vorbehaltlich der Überweisung)*

- 4. Evaluierung des Brandenburgischen E-Government-Gesetzes (BbgEGovG) – Bericht gemäß § 18 BbgEGovG, Drs. 8/2452 vom 25.02.2026 (gemäß Verständigung in der 14. Sitzung)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

(hierzu liegt vor: Stellungnahme des Rates für Angelegenheiten der Sorben/Wenden zum Bericht der Landesregierung "Evaluierung des Brandenburgischen E-Government-Gesetzes (BbgEGovG) - Bericht gemäß § 18 BbgEGovG (Drucksache 8/2452)" )

- 5. Aktueller Stand von Ermittlungsverfahren durch die Staatsanwaltschaften im Land Brandenburg im Zusammenhang mit Beschädigungen, Zerstörungen und sonstigen Delikten von Wahlplakaten zur Kommunalwahl, Europawahl und Landtagswahl im Jahr 2024 sowie zur Bundestagswahl 2025 (auf Antrag der AfD-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**6. Aktuelle Entwicklungen zu Gewaltschutz und Opferschutz – Auswirkungen auf bzw. Handlungsbedarf in Brandenburg (auf Antrag der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

in Verbindung damit:

**Datenerfassung im Zusammenhang mit Ermittlungs- und Strafverfahren mit häuslicher Gewalt (auf Antrag der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**7. Anzahl der Weisungen des Justizministeriums gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft bzw. den Staatsanwaltschaften im 1. Quartal 2026 (auf Antrag der AfD-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**8. Sicherheitslage in der JVA Nord / Teilanstalten Wulkow und Wriezen (auf Antrag der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

in Verbindung damit:

**Aktuelle Sicherheitslage in der Justizvollzugsanstalt Nord-Brandenburg – Teilanstalt Wriezen (auf Antrag der AfD-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**9. Situation in den beiden Teilanstalten der JVA Nord-Brandenburg bzgl. der Angebote, der Teilnahmen und der Abschlüsse an Freizeit-, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen für die Gefangenen in den Jahren 2024 und 2025 (auf Antrag der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**10. Weitere Erkenntnisse zum Suizid eines Gefangenen am 13. Dezember 2025 in der JVA Nord-Brandenburg (auf Antrag der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**11. Abschöpfung von Vermögenswerten aus Straftaten in den Jahren 2024 und 2025 (auf Antrag der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**12. Änderung der Brandenburgischen Beurteilungsverordnung für die Richter- und Staatsanwaltschaft – BbgRiStABeurtV (auf Antrag der BSW-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**13. Aktueller Stand der Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit einem Brandanschlag am 4. Januar 2026 gegen den Antisemitismusbeauftragten Andreas Büttner (auf Antrag der AfD-Fraktion)**

*Bericht des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung*

**14. Einführung des KI-Tools BeckChat (Berichtsbitte MdJD)**

**15. Teilnahme am Modellprojekt "Psychosoziale Prozessbegleitung bei häuslicher Gewalt" (Berichtsbitte MdJD)**

**16. Digitalministerkonferenz (Berichtsbitte MdJD)**

**17. Informationsreise des Ausschusses vom 18. bis 21. Mai 2026 nach Lissabon, Portugal**

*Auswertung*

**18. Verschiedenes**

*u. a. Entweichung eines Gefangenen aus dem offenen Vollzug, zweite Phase der Einführung der Behördennummer 115.*

gez. Danny Eichelbaum  
Vorsitzender

*Die interessierte Öffentlichkeit, Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien werden gebeten, sich möglichst bis zum Vortag beim Sekretariat unter der E-Mail*

*rechtsausschuss@landtag.brandenburg.de oder der Telefon-Nr. 0331 966-1118 anzumelden. Es können gegebenenfalls Zutrittskontrollen stattfinden. Bitte führen Sie aus diesem Grund einen amtlichen Lichtbildausweis oder einen Dienstausweis des Landes Brandenburg mit.*

*Besucherinnen und Besucher, für deren Teilnahme an der Sitzung Maßnahmen für den barrierefreien Zugang erforderlich sind, werden um einen entsprechenden Hinweis bei der Anmeldung gebeten. Bitte haben Sie Verständnis, dass in diesen Fällen ein gewisser zeitlicher Vorlauf für die Planung entsprechender Maßnahmen erforderlich ist. Eine Platzreservierung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten in der Reihenfolge der Anmeldungen. Bitte beachten Sie, dass im und am Landtagsgebäude keine Parkplätze zur Verfügung stehen.*

*Die Sitzung des Ausschusses wird live im Internet übertragen und aufgezeichnet. Die Sitzung kann per Livestream über die Website des Landtages <http://www.landtag.brandenburg.de> mitverfolgt werden. Eine Aufzeichnung der Sitzung ist in der Regel am Folgetag auch in der Mediathek für einen Zeitraum von sechs Monaten über die Website des Landtages abrufbar.*